

Mainz, 03.09.2025

Antrag 1302/2025/1 zur Sitzung am 03.09.2025 Änderungsantrag Verpackungssteuer (ÖDP)(FDP)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Punkte 1-4 werden durch folgenden Antrag geändert.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadt Mainz führt keine Verpackungssteuer ein. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Reduzierung von Einwegverpackungen durch Anreize und Kooperationen zu entwickeln.
2. Bestandteile des Konzepts sollen insbesondere sein:
 - a. Förderung von Mehrweg-Systemen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und durch Kooperationen mit Gastronomie, Handel und Lieferdiensten.
 - b. Einrichtung einer städtischen Mehrweg-Plattform (z. B. digitale Karte oder App), auf der Bürgerinnen und Bürger auf einen Blick erkennen können, welche Betriebe Mehrwegoptionen anbieten.
 - c. Pilotprojekte mit lokalen Betrieben, um innovative Mehrweg- und Recyclingkonzepte zu testen und sichtbar zu machen.
 - d. Kooperationen mit Start-ups und Unternehmen, die nachhaltige Verpackungsalternativen entwickeln, um Mainz als Modellstadt für innovative Lösungen zu positionieren.
 - e. Aufklärungskampagnen („Sauberes Mainz – Deine Wahl zählt!“), um Eigenverantwortung und Bewusstsein bei Bürgerinnen und Bürgern zu stärken.
3. Prüfung von Anreizprogrammen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern Betriebe, die Mehrwegangebote machen, durch vergünstigte Gebühren oder gezielte Unterstützung entlastet werden können.
4. Bürgerbeteiligung stärken:

Mainz richtet ein jährliches Forum „Nachhaltige Stadt & Gastronomie“ ein, bei dem Betriebe, Bürgerinnen und Bürger sowie die Stadt gemeinsam Maßnahmen diskutieren und weiterentwickeln.

Begründung:

Die Einführung einer Verpackungssteuer belastet in erster Linie die kleinen Betriebe, führt zu Mehraufwand in der Verwaltung und gefährdet den Wirtschaftsstandort Mainz.

Nachhaltigkeit erreichen wir nicht mit zusätzlichen Steuern, sondern durch Eigenverantwortung, Innovation und Kooperation. Mainz kann hier Vorreiter werden, indem es eine positive Anreizpolitik verfolgt und Betriebe wie Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zu weniger Einwegverpackungen unterstützt.

Mit diesem Ansatz stärken wir die lokale Wirtschaft, entlasten die Verwaltung und schaffen nachhaltige Lösungen, die auf Akzeptanz und Freiwilligkeit beruhen.

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende